

73. Abgeordnete
Dr. Claudia Winterstein
(FDP)
- Welche Kosten sind dem Bundeszentralamt für Steuern durch Nutzung der X-PIDER-Software seit deren Einführung im Oktober 2003 entstanden (Sach- und Personalkosten)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Barbara Hendricks
vom 1. Juni 2007**

Dem BZSt sind durch Nutzung der X-PIDER-Software seit deren Einführung im Oktober 2003 bis zum Mai 2007 Kosten in Höhe von insgesamt 1 628 735 Euro entstanden, die sich wie folgt aufgliedern:

- a) Anschaffungskosten
für Hard- und Software 413 586 Euro
- b) Laufende Kosten
Oktober 2003 bis einschl. Mai 2007 (44 Monate)
für Wartung, Soft-/Hardware, Datenfernübertragung 338 932 Euro
und für Personalkosten 876 217 Euro.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

74. Abgeordnete
Mechthild Dyckmans
(FDP)
- Welche Folgen leitet die Bundesregierung aus dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. Mai 2007 (Az.: BVerwG 6 B 10.07) ab, wonach für die gerichtliche Kontrolle der Vergabe von so genannten unerschwelligen Aufträgen die ordentlichen Gerichte zuständig sind, und sieht die Bundesregierung diesbezüglich klarstellenden gesetzgeberischen Regelungsbedarf, um die bestehenden Unsicherheiten – auch nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts – für die Bieter für kleine und mittlere öffentliche Aufträge zu beseitigen (siehe auch FAZ vom 16. Mai 2007 – „Mittelstand droht Rechtsunsicherheit im Vergaberecht“)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba
vom 30. Mai 2007**

Die Bundesregierung begrüßt, dass die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. Mai 2007 (Az.: 6 B 10.07) Rechtsklarheit schafft hinsichtlich der Frage, welcher Rechtsweg gegen Vergabe von unerschwelligen Aufträgen der öffentlichen Hand eröffnet ist. In der Sache wird die Rechtsauffassung der Bundesregierung bestätigt, dass die gerichtliche Kontrolle in diesem Bereich den Zivilgerichten obliegen sollte. Die Bundesregierung sieht derzeit – auch in Bezug auf klei-

ne und mittlere Unternehmen – keinen klarstellenden gesetzgeberischen Regelungsbedarf. Es steht dem unterlegenen Bieter frei, gegebenenfalls im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes das Recht zur Einsichtnahme in die Vergabeakten durchzusetzen, um den behaupteten Rechtsverstoß substantiiert darlegen und begründen zu können. Diese prozessuale Konsequenz der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts bedeutet aus Sicht der Bundesregierung keine unangemessene Benachteiligung des unterlegenen Bieters, sondern bestimmt lediglich die prozessualen Modalitäten der Wahrnehmung seiner Interessen. So entspricht es der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, es sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber den Rechtsschutz gegen Vergabeentscheidungen unterhalb der europarechtlichen Schwellenwerte anders gestaltet hat als den gegen Vergabeentscheidungen, die die Schwellenwerte übersteigen.

75. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Sind der Bundesregierung Überlegungen oder Entscheidungen bekannt, wonach rund um Rostock auf Wunsch US-amerikanischer Sicherheitsexperten die Handy- und Telefonkommunikation auf technischem Wege zumindest zeitweise eingeschränkt werden soll, und wodurch hält sie ggf. derartige ungezielte Eingriffe in die möglicherweise lebens- und versorgungswichtige Kommunikation der Bevölkerung einer ganzen Region für gerechtfertigt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Hartmut Schauerte
vom 5. Juni 2007**

Der Bundesregierung sind keine derartigen Überlegungen oder Entscheidungen bekannt.

76. Abgeordneter
Michael Leutert
(DIE LINKE.)
- Wie viele Güter des Teil I Abschnitt B der Ausfuhrliste (Paralyser, Viehtreibapparate und Fußfesseln) wurden in dem Zeitraum 2001 bis 2006 an Saudi Arabien geliefert (genaue Benennung der Güter und der gelieferten Menge)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Bernd Pfaffenbach
vom 30. Mai 2007**

Im Zeitraum 2001 bis 2006 wurde durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) lediglich eine Genehmigung für Ausfuhren von Gütern des Teil I Abschnitt B der Ausfuhrliste nach Saudi-Arabien erteilt.

Anzahl der Genehmigungen	Güterbeschreibung	Menge
1	Fußfesseln	69 Stück